

1./XII. 1918

Die Friedenskonferenz.**Beginn der Vorbesprechungen am
14. Dezember.**

Rotterdam, 30. November. Dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant“ zufolge meldet „Manchester Guardian“ aus London: Die Konferenzen der Verbündeten werden am 14. Dezember beginnen. In amtlichen Kreisen erklärt man anzunehmen, daß die Uebereinstimmung in vierzehn Tagen erreicht sein wird, doch sind vier Wochen wahrscheinlicher.

Die Diplomaten halten es nicht für wahrscheinlich, daß der große Friedensvertrag vor dem April geschlossen sein wird.

Die Härte der Friedensbedingungen.

London, 29. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Kolonialminister King führte in einer in Bristol gehaltenen Rede folgendes aus: Als Mitglied des Ausschusses, den der Premierminister gebildet hat, um über die Deutschland aufzuerlegenden Bestrafungen zu beraten, kann ich erklären, daß die Annahme einer ungebührlichen Milde von Seiten Großbritanniens oder der Alliierten nicht zu befürchten ist.

New-York, 29. November. Marinesekretär Daniels erklärte in einer Rede, die kommenden Friedensberatungen müßten mit Gerechtigkeit und mit einem Zusatz von Barmherzigkeit mit den Schwachen geführt werden und nicht mit Leidenschaft der Erregung. Die Verbündeten und die Vereinigten Staaten haben den Krieg gewonnen, Es ist jetzt die Philosophie aller Nationen geworden, daß jedermann in der Welt, ob hoch oder niedrig, reich oder arm, freie Bahn haben soll. Mit Deutschland muß man auf der Friedenskonferenz mit Festigkeit verfahren. Sein Verbrechen verdiene die volle Strafe, die die Zukunft sicherstellt.

Bern, 30. November. (Privattelegramm.) Ueber den Friedensschluß mit Oesterreich berichtet der „Temps“ aus London, daß Deutschland und Ungarn nicht genügend feste Regierungen bildeten, um mit ihnen zu verhandeln. Die andern Völker Oesterreichs sind Ententebundesgenossen, mit denen kein Frieden zu schließen ist, im Gegenteil, sie sind es, die im Einvernehmen mit der Entente Frieden mit ihren deutschen und ungarischen Nachbarn schließen müssen, wenn der Zeitpunkt gekommen sei. Was Deutschland anlangt, wird es bloß zu unterschreiben haben, was ihm vorgelegt werden wird.